Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 9.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1133 u. 1133. der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 6. Halle, Mittwoch, den 5. Januar 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Entspannung?

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Es scheint, als ob die inquisitorische Haltung Frankreichs bei den anderen Mitgliedern der Entente doch das Schamgefühl geweckt hat. Die französische Regierung wollte das alte Jahr nicht verstreichen lassen, ohne uns in einer Note ungeahnte Beutzüge gegen den Friedensvertrag und das Abkommen von Spa vorzurechnen. Sie hatte es dabei so eilig, daß sie ihre Note nicht einmal einer gemeinsamen Beratung mit ihren Verbündeten unterbreitete, sondern hinter deren Rücken uns das Schriftstück zugehen ließ. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß in den letzten Tagen geradezu eine Massenproduktion von Noten eingesetzt hat, die zum Teil von der Botschafterkonferenz in Paris und von der interalliierten Militärkontrollkommission stammten. Diese Noten stellen gemeinsame Kundgebungen der Alliierten dar, wenn man auch annehmen darf, daß insbesondere gegenüber den Ausstellungen der militärischen Stellen die politische Leitung nicht in allen Ententestaaten sich ohne weiteres dem militärischen Machtspruch fügen wird.

In England zeigt sich in den letzten Tagen ein leichter Umschwung. Bisher führte die „Times" einen außerordentlich erbitterten Feldzug gegen Deutschland. Ihre Artikel waren zeitweise eine einzige Paraphrasierung der französischen Noten, und in derselben Weise wurde ganz im Northcliffischen Stile wieder gegen das angeblich militaristische und friedensunwillige Deutschland gehetzt. Wenn die Zeichen nicht trügen, hat diesmal die politische Leitung Englands sich gegenüber dieser Haßpropaganda ein eigenes Urteil bewahrt. Jedenfalls ist die Auslassung des Reuterbüros, in der Deutschland bescheinigt wird, daß es sich ernsthaft um die Erfüllung seiner Verpflichtungen bemühe, recht charakteristisch. Es wäre gewiß unendlich töricht, wollten wir auf solche Einzelauslassungen, auch wenn sie offiziösen Charakter tragen, eine Politik aufbauen. Gleichermaßen töricht wäre es, an die Entzweiung Englands und Frankreichs große politische Hoffnungen für uns zu knüpfen. Solche Hoffnungen sind wiederholt grausam enttäuscht worden. Aber das darf gesagt werden, daß die offiziösen englischen Feststellungen, daß Deutschland das Spaabkommen erfüllt hat, seine Truppen vertragsmäßig verminderte und ernstlich um die Durchführung der Entwaffnung bemüht sei, eine fühlbare Entspannung herbeigeführt haben. Die Auslassung des Reuterbüros spricht sogar offen von einer „leichten Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich". Diese betrifft die Frage der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen. Dabei war erst gemeldet worden, daß gerade in dieser Frage Frankreich und England einig seien. Im Prinzip sind sie es auch heute, die englische Auslassung betont ausdrücklich, daß die Meinungsverschiedenheit sich auf die Zeitspanne, innerhalb deren die Beratschlagung der Einwohnerwehren durchgeführt werden solle, beziehe. Damit begegnet sich das englische Urteil mit der Auffassung des Ministers Dr. Simons, der ebenfalls, schon aus Gründen der Staatsautorität, die Auflösung aller Einwohnerwehren in Aussicht gestellt hat, sobald es die Zeitverhältnisse gestatten.

Die Unterzeichner des Spa-Abkommens wollen in diesen Tagen oder vielleicht Ende des Monats sich in London oder Paris treffen. Dort wird auch der Marschall Foch wieder auftreten, um über etwaige Zwangsmittel Vortrag zu halten. Es ist bemerkenswert, daß schon heute die englische Presse mitzuteilen weiß, daß Foch eine Besetzung des Ruhrgebietes nicht beantragen wird, und der „Daily Telegraph" weist auf die auch in Deutschland nicht immer beachtete Tatsache hin, daß das Ruhrrevier gar nicht an die französische Besatzungszone grenzt. Jedenfalls denkt auch die Haltung der englischen Presse an, daß man in England nicht gewillt ist, auf jede aufgeregte französische Stimmungsmache hineinzufallen. Man darf erwarten, daß die internationale Entspannung auch ihre wohltätigen Rückwirkungen auf die radikale Linke in Deutschland ausüben wird. Es ist jedoch auch dringend erforderlich, daß nicht neue „Auftrumpfungen" gewisser bayerischer Politiker oder alldeutscher Phantasten erfolgen. Nur dann kann die kritische Entwicklung der internationalen Situation in ein Stadium ruhiger und objektiver Aussprache gerückt werden. Um allernotwendigsten freilich ist, daß die maßgebenden Männer der Entente wenigstens einigermaßen Verständnis für die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland zeigen.

Englands Standpunkt.

Aus einer offenkundig offiziös inspirierten Reuternote läßt sich mit voller Sicherheit sagen, daß alle in den letzten Tagen von französischer Seite verbreiteten alarmierenden Gerüchte über eine bevorstehende Besetzung des Ruhrgebiets verfrüht, wenn nicht durchaus falsch sind. Die Reuternote läßt keinen Zweifel darüber, daß England im allgemeinen von der Zerstörung des deutschen Kriegsmaterials, der Ablieferung der Waffen und der Herabsetzung der Stärke der Reichswehr durchaus befriedigt sei. Im einzelnen heißt es in der Note, daß England der Ansicht sei, daß seit der Konferenz von Spa die deutschen Behörden sich ernsthaft ihrer Pflichten entledigen. Es sei allerdings wahr, daß eine gewisse Anzahl von Waffen noch in Deutschland verborgen würde. Man müsse aber anerkennen, daß die deutschen Behörden sich Schwierigkeiten gegenüber befinden, für die man die Verantwortung nicht auf sie schieben dürfe. Die Abrüstung werde allerdings erst dann vollzogen sein, wenn alle in Deutschland befindlichen Waffen abgeliefert sein würden. Die Herabsetzung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann sei im großen und ganzen vollzogen. Man werde vielleicht in einigen Wochen erfahren, daß die Herabsetzung in gewissen Punkten nicht mit der wünschenswerten Genauigkeit durchgeführt wurde, aber das seien einzelne Fragen, die nicht die große Linie dieser Angelegenheit berühren. Bezüglich der Sicherheits- und Ordnungspolizei seien Engländer und Franzosen einig über die Notwendigkeit, das Abkommen von Spa zu vollziehen. Die Errichtung der Einwohnerwehren, der Orgesch und anderer freiwilligen Truppenformationen sind der einzige Gegenstand, über den eine leichte Meinungsverschiedenheit zwischen Engländern und Franzosen besteht. Diese bezieht sich auf die Schnelligkeit, mit der die vollständige Verabschiedung dieser Formationen durchgeführt werden könne. Das sei auch die einzige Meinungsverschiedenheit zwischen den Marschällen Foch und Wilson. Die zu gewährenden Termine für die Verabschiedung dieser Formationen dürften den Gegenstand von Besprechungen mit den Franzosen bilden und das sei einer der Gründe für die sofortige Zusammenberufung einer Konferenz der Ministerpräsidenten. Die Besetzung des Ruhrgebiets solle nur im Falle von schweren Möglichkeiten erfolgen, wie z. B. militärische Operationen gegen Polen in Ostpreußen.

England, so heißt es am Schluß der Note, sei entschieden der Ansicht, daß Artikel 172 des Versailler Vertrages betr. Verteilung der Erzeugnisse der chemischen Industrie nicht befriedigend ausgeführt worden sei. Dies sei eine sehr wichtige Frage, aber es sei noch zu früh, über die Maßnahmen zu sprechen, die ergriffen werden müßten.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Beuthen, 4. Jan. Nach dem nunmehr vollständig veröffentlichten Abstimmungsreglement für Oberschlesien ist zur Teilnahme an der Abstimmung jede Person ohne Unterschied des Geschlechts berechtigt, die am 1. Januar 1921 das 20. Lebensjahr vollendet hat und in der Zone, in der die Volksabstimmung stattfindet, geboren ist, oder seit dem 1. Januar 1904 oder früher den Wohnsitz im Abstimmungsbezirk hat oder, wie es in dem Reglement heißt, von der deutschen Regierung ausgewiesen ist. Die Stimmungsberechtigten werden in folgende vier Kategorien eingeteilt:

a) In Oberschlesien geborene und in diesem Gebiet wohnende.

b) In Oberschlesien geborene, aber hier nicht wohnende.

c) Außerhalb Oberschlesiens geborene, die seit 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkte in diesem Gebiet wohnen.

d) Außerhalb Oberschlesiens wohnende, die im Abstimmungsgebiet am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, diesen aber infolge Ausweisung durch die deutsche Behörde nicht beibehalten haben.

Jeder stimmt in der Gemeinde ab, in der er am 1. Jan. 1920 seinen Wohnsitz hatte, oder, wenn er nicht in Oberschlesien wohnt, in der Gemeinde, in der er geboren ist. Die Ausgewiesenen in der Gemeinde, in der sie ihren Wohnsitz hatten.

Am 14. Januar Beginn der dreiwöchigen Frist für die Eintragung in die Stimmlisten. Die Wahltage werden durch die Regierungskommissionen später bekanntgegeben.

Die von der Regierungskommission für die Abstimmung geschaffenen Behörden sind in jeder Gemeinde. Der paritätische Ausschuß und in den einzelnen Wahlabteilungen das Wahlbüro, in jedem Kreise das interalliierte Kreisbüro. Die in Oberschlesien geborenen, aber dort nicht wohnenden Personen, sowie die außerhalb Oberschlesiens geborenen, dort aber seit dem 1. Januar 1904 oder früher wohnenden Personen haben an den paritätischen Ausschuß der Gemeinde, in welcher sie ihr Stimmrecht auszuüben haben, ein eigenhändig unterschriebenes, von ihnen persönlich ausgehendes Gesuch nach einem bestimmten Muster einzureichen, dem die verwandten Ausweispapiere beizufügen sind. Die ersteren haben dem Eintragungsgesuch außerdem zwei Exemplare eines vor kurzer Zeit aufgenommenen und von den Gemeinden oder Polizeibehörden ihres jetzigen Wohnortes gestempelten und bescheinigten Lichtbildes beizufügen, von denen eines zur Aufstellung der Personalausweises verwendet wird, der bei der Einreise in Oberschlesien als Paß und als Stimmkarte zu dienen hat. Das Gesuch hat weiter die genauen Angaben des letzten Wohnsitzes im Abstimmungsgebiet, sowie die Angabe der Zeit, zu welcher das Gebiet verlassen ist, zu enthalten.

Die außerhalb Oberschlesiens geborenen Personen, die dort seit dem 1. Januar 1904 oder früher wohnen, haben sich über die Dauer und Bestimmung ihres Aufenthalts in Oberschlesien auszuweisen. Wenn sie seit 1. Juni 1904 nacheinander an verschiedenen Orten des Gebiets gewohnt haben, haben sie jede Erklärung über ihren Wohnsitz von den Gemeinden oder von den Zollbehörden ihrer aufeinanderfolgenden Wohnorte mit einer Beglaubigung versehen zu lassen. Die außerhalb Oberschlesiens geborenen, die am 1. Januar 1904 im Abstimmungsgebiet ihren Wohnsitz halten, ihn aber infolge ihrer Ausweisung aus dem Gebiet durch die deutschen Behörden nicht beibehalten haben, müssen ihr Eintragungsgesuch an die Regierung in Oppeln senden und dabei alle ihre Ausweisung betreffenden Ausführungen schriftlich mitteilen.

Das Verfahren bei der Wahlhandlung wird später durch Verordnung der Regierung in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Botschafterkonferenz am 27. Dezember bestimmt. Diese Verordnung enthält nichts über die getrennte Abstimmung der Reichsoberschlesier von den eigentlichen Oberschlesiern im Gegensatz zu den Meldungen der „Breslauer Zeitung", wonach die Reichsoberschlesier 14 Tage später abstimmen sollten.

Die Sanierung der Reichsfinanzen.

Der neugebildete finanzpolitische Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates setzt ein neues Programm fest, das sich neben der Erledigung der dringenden Tagesfragen und Begutachtung etwaiger Gesetzentwürfe hauptsächlich auf die Ausarbeitung eines brauchbaren Planes für die Sanierung der Reichsfinanzen und der Währungsverhältnisse erstrecken soll. Zur Vorbereitung der Beratungen wurde eine siebengliedrige Kommission gebildet, die den Stoff sichten und Vorschläge als Grundlage für die zu fassenden Beschlüsse fassen soll. Sie setzt sich zusammen aus den Mitgliedern Beckmann, Bernhard, Kohen, Hartung, Hertner, Rathenau, Schmalenbach. Es wurde beschlossen, zu der nächsten Sitzung den Reichsfinanzminister zu einer Aussprache über den Haushaltsplan und die Deckung des Defizits einzuladen, um möglichst seine Pläne mit als Beratungsgrundlage zu verwenden. Am gleichen Tage wird auch eine Besprechung der sogenannten Doppelbesteuerung des Jahres 1920 und der damit zusammenhängenden Aenderungen in den Grundsätzen der Steuerveranlagung stattfinden.

Der Prozeß Gandorfer.

Bei der Zivilkammer des Landgerichts München begann am Dienstag die Verhandlung über den Einspruch des bauernbündlerischen Abgeordneten Gandorfer gegen den vom Reichsfiskus erwirkten Beschlagnahmebefehl von 1½ Millionen Mark. Nach der Anklage soll Gandorfer als Vorsitzender des bayrischen Bauernrats, dem die Versteigerung der bayrischen Militärpferde übertragen war, etwa 6 Millionen eingenommenes Bargeld nachträglich in Kriegsanleihe umgetauscht und auf diese Weise etwa 960 000 Mark „erübrigt" haben. Diese Summe wurde von ihm teils zu politischen Zwecken zur Propagierung der Räterepublik verwendet. Ferner soll Gandorfer durch Abtrennung der Zinscoupons bei den Kriegsanleihestücken 454 000 Mk widerrechtlich verwendet haben. Der Anwalt Gandorfers beantragt die Aufhebung der Beschlagnahme, eventuell ihre Aufrechterhaltung nur in geringerem Betrage. Die seinerzeit vom Justizministerium erbetene Genehmigung zur Strafverfolgung Gandorfers wegen Unterschlagung ist vom bayrischen Landtag einstimmig genehmigt worden.

Eine deutsche Bearbeitung der Schleswig-Frage.

Die dänische Regierung beabsichtigt, das Material über den § 5 des Prager Friedens von 1864 über die Volksabstimmung in Dänemark zu veröffentlichen und hat sich zu diesem Zweck außer an das Archiv in Wien auch an die deutsche Regierung gewandt, um weitere Unterlagen zu erhalten. Das Auswärtige Amt hat, wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, nicht die Absicht, die Akten zu diesem Zwecke Dänemark zur Verfügung zu stellen; vielmehr hat das Auswärtige Amt die Angelegenheit selbst in die Hand genommen. Eine Ausarbeitung der deutschen Regierung ist im Gange und wird zur gegebenen Zeit der Oeffentlichkeit übergeben werden.

Die Enthüllungen von Karl Hauß.

Die bereits mitgeteilte Erklärung des ehemaligen reichsländischen Unterstaatssekretärs Hauß über das Zustandekommen der deutschpatriotischen Kundgebung der verflossenen elsaß-lothringischen Zentrumspartei hat wie eine Bombe im klerikalen Lager eingeschlagen. Der katholische Universitätsprofessor der Theologie Dr. Eugen Müller — einst Mitglied des elsaß-lothringischen Landtags und jetzt der französischen Kammer — der die Landtagsproklamation „weder unterschrieben noch verlesen" haben wollte, ist mit dieser reservatis mentalis als derjenige bloßgestellt, der die Erklärung geschrieben und sogar verfaßt hat. Nach der Ratlosigkeit des ersten Augenblicks versuchen einige klerikale Zeitungen mit Winkelzügen auf nebensächliches, die ihren jesuitischen Meistern alle Ehre machen, die Wirkung der blamablen Feststellung abzuschwächen. Alle Wortklauberei schafft die für die jetzigen Schlappenträger des französischen Nationalismus hochnotpeinliche Tatsache nicht aus der Welt, daß die ganze Partei (außer Herrn Didio) — also auch die Herren Hackspill („Lothr. Volkszeitung") und Pfleger — ihr Einverständnis zu der veröffentlichten Erklärung gegeben hat, was selbst der „Elsässer" — wenn auch nur mit innerem Widerstreben, zugestehen muß. Der Mülhäuser „Republikaner" bemerkt zu den Ablenkungsmanövern der heutigen Nationalblock-Abgeordneten, es sei „mehr als beschämend vor allem für den Deputs Universitätsprofessor Abbé Müller selbst, daß Karl Hauß seinen mit der blau-weiß-roten Kokarde geschmückten politischen Freunden diese herbe Lektion der politischen Ehrlichkeit geben muß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210105038/fragment/page=0001

Aufenthalt deutscher Militärs im Saargebiet.

Gemäß Verordnung der Saarregierung bedürfen aktive deutsche Militärpersonen zur Einreise in das Saargebiet einer vorherigen Erlaubnis der Saarregierung. Die Genehmigung wird in Form eines Passes erteilt, der ständig als Personalausweis mitgeführt und vor der Einreise zur Gültigkeit mit eigener Unterschrift versehen sein muß. Eine Einreise ohne Paß hat Ausweisung oder Bestrafung zur Folge. Die Beantragung eines Passes ist auch bei Durchreise durch das Saargebiet (zwecks Reise in das Ausland) erforderlich. Im Saargebiet darf nur Zivil getragen werden. Mitnahme von Waffen aller Art ist verboten. Gesuche um Einreiseerlaubnis sind an die „Deutsche Militärpaßstelle, Koblenz, Castorpfaffenstr." zu richten, von der sie vorgeprüft werden. Erforderlich ist u. a. kurze Begründung des Antrags mit bestimmter Angabe, z. B. Besuch, Erholungsurlaub, Todesfall. Innerhalb 48 Stunden nach ihrer Ankunft im Saargebiet muß Vorstellung erfolgen in Saarbrücken bei der Ortspolizeiverwaltung, in anderen Orten bei der Ortspolizei, um ein Visum zu erhalten. Im Fall der Zuwiderhandlung gegen die Verordnung der Saarregierung kann die sofortige Ausweisung oder Verhaftung angeordnet werden.

„Eine Gaunerei."

Aus einer Veröffentlichung des „Matin" geht hervor, daß das kürzlich zwischen der französischen und der englischen Regierung abgeschlossene Uebereinkommen über die Festsetzung der Grenze zwischen dem französischen Syrien und dem englischen Palästina sehr zuungunsten der französischen Interessen ausgefallen ist. Ein Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der französischen Kammer nannte das Abkommen eine Gaunerei.

Venizelos als Abenteurer.

Die von der Agentur Radio verbreiteten Erklärungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Venizelos über die beabsichtigte Schaffung eines von Griechenland unabhängigen Reiches in Kleinasien unter seiner Leitung haben in Athen die größte Erregung hervorgerufen. Der Direktor des Regierungsblattes, Kathimerini, teilt mit, der verstorbene König Alexander habe ihm bereits im Mai erklärt, falls Venizelos bei den Wahlen unterliegen würde, würde dieser Griechenland trennen und ein neues kleinasiatisches Griechenland gründen. Danach gewinnt das Treiben der venizelistischen Offiziere und der Agenten in Konstantinopel eine gewisse Bedeutung, jedoch hängt der Erfolg von dem Grade der Unterstützung der Entente ab. Venizelistische Kreise halten die angebliche Anwesenheit des Prinzen von Connaught in Nizza für ein Zeichen dafür, daß England ein Doppelspiel mit Griechenland treiben wolle. Andererseits legt man die Vertagung der Konferenz von Nizza als ein offensichtliches Zeichen eines günstigen Umschwunges der Ententepolitik gegenüber Griechenland aus.

Aus der demokratischen Bewegung.

In Sangerhausen fand am 29. ein Kreisparteitag der Deutschen demokratischen Partei statt. An ihm nahm Reichstagsabg. Delius teil, der Ausführungen über die Haltung der Reichstagsfraktion machte und die volle Billigung der Parteifreunde fand. Die aus dem Kreise erschienenen Vertreter konnten erfreulicherweise berichten, daß die Stimmung der Bevölkerung für die demokratische Sache sich bedeutend bessere, namentlich bei der Landbevölkerung des Kreises mache sich das infolge der gerade von demokratischer Seite einsetzenden praktischen Siedlungspolitik stark bemerkbar. Es erfolgte dann die Aufstellung der Kandidaten für die Provinziallandtagswahlen. Die Liste ist noch keine endgültige. Am Abend fand eine Mitgliederversammlung des Vereins Sangerhausen statt, die sehr guten Besuch aufwies. Abg. Delius sprach über die politische und wirtschaftliche Demokratie und stellte besonders in den Vordergrund die nationale Idee. Einmütige Zustimmung fanden seine Ausführungen, namentlich auch als er die Mittelstands- und Beamtenfragen behandelte. Der Vorsitzende, Lehrer Kuntze, konnte das ausdrücklich feststellen. Einige Anfragen wurden von dem Referenten beantwortet, der in seinem Schlußworte besonders noch dem bisherigen Mitgliede der Landesversammlung Oberfeuerinspektor Schulze für seine der Gesamtheit und der Partei geleistete Arbeit dankte.

Deutsches Reich.

Die bayrische Königspartei will, wie aus München gedrahtet wird, die seit Wochen in dieser Partei bestehende Krisis radikal durch eine Neuwahl des Landesausschusses und Festlegung eines neuen Programms beseitigen. Dieses neue Programm lautet: 1. radikale Ablehnung der Weimarer Verfassung; 2. Errichtung eines Volkskönigtums; 3. gleichbedeutende Staatsgewalt neben dem Volkskönig; 4. eine Volksvertretung, die im Referendum aus allgemeinen Proporzwahlen und Ständekammern in Form von Vertretungen der Berufsstände hervorgegangen ist.

Für die Ausreise aus dem Saargebiet nach Luxemburg ist folgendes verfügt worden: Der Antragsteller läßt sich bei seiner zuständigen Polizeibehörde einen braunen Nationalreisepaß ausstellen und mit dem Ausreisevisum der Obersten Polizeiverwaltung des Saargebiets gegen eine Gebühr von 20 Mark versehen. Das Ausreisevisum berechtigt zur Reise nach Luxemburg. In Luxemburg ist bei der Ankunft eine sofortige Anmeldung erforderlich.

Auslands-Rundschau.

Die Grenzen Armeniens, die Wilson in seiner Eigenschaft als Schiedsrichter festgelegt und den Alliierten in seiner Note vom 9. Dezmber 1920 mitgeteilt hat, sind nunmehr öffentlich bekanntgegeben worden. Es ergibt sich daraus, daß ein Versuch, die Ostgrenze Armeniens zu ziehen, nicht gemacht wurde. Im übrigen erstreckt sich die Grenze vom Schwarzen Meer an einem Punkte leicht westlich von Tirebolu über westlich Keikat und Erzindschan nach Mitilan, von da westlich nach Mu'ch und Bitlis, sodann südlich des Van-Sees bis zur Grenze von Aserbeidschan. Die Vilajets Diarbekir, Sivas Karput und Tolana fallen nicht in das von Wilson als Staatsgebiet der Republik Armeniens erklärte Gebiet. Freilich hat die Grenzziehung Wilsons gegenwärtig nur theoretische Bedeutung, da ja Armenien einstweilen Sowjetrepublik und dem Einfluß der alliierten Mächte damit völlig entrückt ist.

Der Stadtrat von Fiume hat unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Giganto die Wahl des Gouverneurs vorgenommen. Von 38 Stimmen wurden bei vier Enthaltungen 20 Stimmen für Grossich und 14 für Bolasich abgegeben. Grossich ist somit der neue Gouverneur von Fiume. In der gleichen Sitzung wurde das Abkommen von Abbazia genehmigt. Die neue provisorische Regierung in Fiume wird vor Ende Februar die Neuwahlen für die Konstituante vornehmen. Auf dem Bahnhofe von Fiume ist eine feierliche Totenmesse für die gefallenen Soldaten abgehalten worden. Hierauf entbot d'Annunzio, blaß und aufgeregt, den 19 Leichen seinen Gruß. Er kniete nieder und betete für sie. Später hielt d'Annunzio die letzte Truppenschau ab. Nach einheitlichen Feststellungen belaufen sich die gesamten Verluste in den Kämpfen um Fiume auf beiden Seiten zusammen auf insgesamt 37 Tote und 180 Verletzte.

Paderewski will zurücktreten. Einer Warschauer Meldung des „Gorneslonsa" zufolge soll Paderewski den Rücktritt von der Stellung eines polnischen Vertreters beim Völkerbund nachgesucht haben. Das Rücktrittsgesuch sei noch nicht erledigt, werde aber aller Wahrscheinlichkeit nach angenommen werden.

Die Montenegriner haben in einem Aufruf an das französische Volk ihre Enttäuschung über die Stellungnahme Frankreichs in der montenegrinischen Frage ausgedrückt. Das montenegrinische Volk, heißt es weiter, werde den Kampf nicht aufgeben, bis ihm das Recht zugestanden werde, frei über sein Schicksal zu verfügen.

Hochschulnachrichten.

Ernannt wurde der Observator am Geodätischen Institut in Potsdam Professor Dr. Erich Przybyllok zum ordentlichen Professor an der Universität Königsberg; ihm wurde der Lehrstuhl für Astronomie sowie die Leitung der Sternwarte als Nachfolger H. Baitermanns übertragen. — Prof. Dr. Paul Merker in Leipzig hat den an ihn ergangenen Ruf als Ordinarius für neuere deutsche und nordische Philologie an der Universität Greifswald angenommen. — In Hannover verschied der frühere langjährige ord. Professor für Schiffs- und Maschinenbau an der dortigen Technischen Hochschule Geh. Regierungsrat Dr.-Ing. h. c. Wilhelm Riehn. Der Verstorbene, der früher als Zivilingenieur in Görlitz tätig war, hatte Ostern 1979 den hannoverschen Lehrstuhl übernommen. Nach 31jähriger erfolgreicher Lehrtätigkeit trat er am 1. Oktober 1910 in den Ruhestand. — Der bisherige ordentliche Professor der Philosophie an der Straßburger Universität Dr. Artur Schneider ist zum ordentlichen Professor an der Universität Frankfurt a. M. ernannt worden. — Der bisherige Direktor des Marine-Observatoriums in Tsingtau Geheimer Regierungsrat Dr. Meyermann ist zum Observator an der Universitäts-Sternwarte in Göttingen ernannt worden. — Dem Privatdozenten an der Frankfurter Universität Dr.-Ing. Dr. rer. pol. Rudolf Lehmann (aus Leuben bei Riesa) ist die Lehrberechtigung für das Gebiet der Privatwirtschaftslehre, insbesondere für Buchhaltungs-, Bilanz- und Selbstkostenfragen in der allgemeinen Abteilung der Technischen Hochschule zu Dresden erteilt worden. — Zum Nachfolger des Professors Dr. M. Murko auf dem Lehrstuhl der slavischen Philologie an der Universität Leipzig ist der bisherige a. Professor für indogermanische Sprachwissenschaft an der Universität Dorpat Dr. Max Vasmer ernannt worden.

Sport der „Saale-Zeitung".

Ungarns Fußballmeister M. T. K. Budapest in Halle

Wir konnten bereits gestern kurz melden, daß es unserem Kreismeister Wacker gelungen ist, den besten ungarischen Verein, den Magyar Testgyakorlok Köre, Budapest, nach Halle zu verpflichten. M. T. K. ist eine Mannschaft von höchster kontinentaler Klasse, von vollendeter Fußballkunst, kurz gesagt eine Mannschaft, wie sie Deutschland nicht besitzt. Der 1. F. C. Nürnberg mußte vor Jahresfrist auf eigenem Platz mit 3:0 die Waffen strecken. Obwohl es beschämend ist für uns Deutsche, daß Mannschaften wie der M. T. K. Budapest oder F. C. 03 Teplitz auf ihren jetzigen Deutschlandreisen gegen beste deutsche Klasse fabelhaft hohe, teilweise sogar zweistellige Resultate erzielt haben, so ist es eben doch wahr.

Bekanntlich war der Kreismeister Wacker, der sich um die Pflege internationaler Verbindungen für die Stadt besonders verdient gemacht hat, zu Pfingsten Gast des M. T. K. in Budapest und unterlag trotz aufopfernden Spiels mit 1:4. Nunmehr kommt M. T. K. seinen Rückverpflichtungen nach.

Wir bringen nachstehend eine Zusammenstellung der Pressekritiken über die letzten Spiele. In Dresden schreibt man wörtlich: „Was die Ungarn an technisch hohem Fußballkönnen zeigten, war ganz überraschend. Ihre Gesamtleistung stand weit über der Ligaklasse von Dresden, wie auch jeder Einzelspieler vollkommen ausgebildet war. Das Zusammenspiel war ebenso vorbildlich wie bewundernswert. Die Ungarn hatten das Spiel vollständig in der Hand." — Die sonst so haarscharfe Leipziger Kritik lautet: „Die Leipziger Sportvereine Spielsg. und 1. B. C. haben der hiesigen Sportwelt zum Jahresbeginn mit der Budapester Mannschaft M. T. K. einen Gegner vorgeführt, wie wir ihn uns noch möglichst oft in Leipzigs Mauern wünschen. Die sportliche Ausbeute bei diesem Spiel war denkbar hoch. Es wurde bei der Arbeit des M. T. K. klar, daß bestes Fußballspiel erst dort wirklich anfängt, wo es bei unseren Mannschaften zum größten Teil meist — aufhört: im taktischen Zusammenspiel, bei dem die technische Kunstfertigkeit, und sei sie noch so groß, nie Selbstzweck ist, sondern sich völlig natürlich in den Dienst der Zusammenarbeit zum Erfolg stellt. Die vollendete Ballbehandlung ist Selbstverständlichkeit jedes Spielers."

Eine glänzendere Kritik dürfte wohl kaum je eine andere Mannschaft gefunden haben. Man darf also wohl die Behauptung aufstellen, daß die beste aller Mannschaften, die unsere Halle seit vielen Jahren sah, am Sonntag Gast des hiesigen Meisters Wacker sein wird. Ein Werbespiel bester Art sollte es sein, zu dem auch jeder Uneingeweihte, jeder Gegner des Fußballsports seine Schritte lenken sollte.

Unsere telegraphischen Wetternachrichten von heute.

Wie uns eigene Drahtmeldungen berichten, hat sich die Wetterlage für den Wintersport erfreulicherweise gebessert. Es ist Schneefall eingetreten, so daß vielleicht im Laufe der Woche mit der Wiederaufnahme des Wintersports zu rechnen ist. Dabei ist natürlich Voraussetzung, daß mindestens 10 bis 15 Zentimeter Neuschnee fallen. Strichweise ist noch Altschnee

---

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung. Donnerstag, 6. Januar. Inhalt: Spohnmeyers Töchter. Roman von Fritz Ganzer. — Das Buch. Von Eberhard von Weitzenhiller. — Der Leutnant. Von Wilhelm Brenes. — Ein neues Tuberkulose-Heilmittel. — Memoiren deutscher Scharfrichter. — Bunte Zeitung. — Literatur.

Museum und Museumsgesellschaft.

Von

Privatdozent Dr. Kurt Gerstenberg (Halle).

Der Magistrat der Stadt Halle trägt sich mit der Absicht, auf die gänzliche oder fast gänzliche Streichung des Museumsetats hinzuarbeiten. Der Posten des Museumsdirektors soll eingezogen werden; neue Mittel zu Ankäufen sollen nicht mehr bewilligt werden. Das Museum soll von einem Laien nebenamtlich verwaltet werden. Diese, der Stadt unwürdige Absicht würde den Ruf Halles als Kunststadt gefährden. Es steht zu erwarten, daß sich die Bürgerschaft dem Plan, der auch finanziell nur ein Körnchen bedeutet, energisch widersetzt. Wir haben Herrn Privatdozent Dr. Gerstenberg, der augenblicklich das Ordinariat der Kunstgeschichte an der Universität Halle leitet, gebeten, uns über das Museum und seine Fortschritte im letzten Jahre zu berichten. Keiner, dem an der Entwicklung der Stadt Halle gelegen ist, wird den Aufsatz lesen, ohne daß der Wunsch, die Absichten des Magistrats möchten nicht durchgeführt werden, in ihm verstärkt wird.

Die Museumsgesellschaft hat ihren Mitgliedern eine reizende Jahresgabe zuteil werden lassen: eine Anzahl Radierungen von J. C. Klengel, der dem Kreis des Malers Dietrich im 18. Jahrhundert entstammt. Dietrich saß in vielen Sätteln; als Maler malte er bald ein wenig wie Rembrandt, bald ein wenig wie Watteau; als Radierer holländerte er. Auch Klengels zarte Arbeiten sehen auf den ersten Blick wie Radierungen eines niederländischen Landschaftsstechers aus. Diese Blätter hauchen eine stille, intime Wirkung aus. Der Umfang der Gefühlsskala darin ist nicht eben groß, aber es ist eine reine volksliedhafte Stimmung darin. Es sind nicht etwa Reproduktionen, sondern Originalarbeiten, abgezogen von den noch ungebrauchten radierten Platten, die sich im Besitz des Museums befinden. Es war ein guter Einfall des Museumsdirektors Burkhard Meier, diesen hübschen Besitz so der Vergessenheit zu entziehen. Man kann den Mitgliedern der Museumsgesellschaft nur gratulieren, daß sie zu solch seinem Genuß gekommen sind und diese charmanten Blättchen in die Hand bekommen haben. Ich weiß nicht, wieviel Hallenser sich schon dieser Kulturgemeinde angeschlossen haben und habe gar keinen Grund, dafür die Werbetrommel zu rühren, denn eine solche einbringliche Mitgliedschaft wird sich schon so nicht leicht jemand entgehen lassen.

Je größer die Museumsgesellschaft wird, desto lebhafter wird das neue Leben im Museum werden, das nun seit bald einem Jahr aus dem Dornröschenschlaf der Kriegszeit wieder erweckt worden ist. Halle genießt mit Recht den Ruhm weit durch deutsche Lande, eines der geschmackvollsten Museen zu besitzen, das mit geradezu erstaunlich geringen Mitteln zustande gekommen ist. Heute ließe sich auf den vielen Kunstversteigerungen schnell manches erraffen, das ins Gesicht fiele und eine Bereicherung vortäuschte, um dann doch nicht vor der Zeit zu bestehen. Lieber wenig und selten, dafür aber nur erstklassige Stücke zu kaufen, führt langsamer zum Ziel, aber zu einem von unbeschränkter Dauer. Unter den Erwerbungen des Museums sind der frei geschnitzte eichene Prunkschrank, der einen guten Batzen kostete, und der Meißner Krug, der für ein Ei und ein Butterbrot erstanden wurde, wahrhaft erstklassige Stücke, die den größten Museen Ehre machen würden.

Aber mit dem Erwerb ist es nicht getan, es kommt darauf an, was man aus dem Museumsbesitz zu machen versteht, und da ist in der Moritzburg wirklich ersprießliche Arbeit geleistet worden. Die Säle mit mittelalterlicher Kunst haben im letzten halben Jahr ein neues Gesicht gewonnen. Die kleinliche und zugleich bunte Architektur ist durch Abmeißeln an den Pfeilersockeln und durch neue Bemalung der Decke zu kräftiger zusammenfassender Wirkung gebracht worden. Die schön mittelalterlichen Schnitzaltäre und die steinerne Madonna, die, wie Dr. Meier erkannte, ein Werk des Konrad von Einbeck ist, dessen übrige Plastiken die Moritzkirche so beachtenswert machen, repräsentieren nunmehr die sächsische Provinzialkunst sehr vorteilhaft. Das interessante Experiment, Roldes farbenglühendes Abendmahl auf die weiß getünchte Wand in diese Umgebung zu hängen, ist trefflich gelungen. Im oberen Geschoß ist der schöne, aber sicher etwas kahle Raum des Brautzimmers aus dem Talamthause dadurch, daß die leihweise Schaustellung des Hallorenschatzes erwirkt wurde, zu prächtigem, kulturgeschichtlich aufschlußreichem Eindruck abgerundet. Das Rokoko- und das Biedermeierzimmer sind mit Geschmack zu stilistisch einheitlichem Gepräge umgestaltet und eingerichtet worden.

Mit gespannter Erwartung darf man der Eröffnung des großen Kuppelsaales entgegensehen, der, durch zwischengespannte Wände in eine Anzahl Kabinette zerlegt, als moderne Galerie eingerichtet wird. Das Provisorium am Großen Berlin wurde geräumt, und damit beginnt für die Abteilung der zeitgenössischen Kunst im Museum ein neuer Abschnitt. Ueber Ankäufe moderner Bilder wird sich kaum je Einstimmigkeit des Urteils erzielen lassen, aber hier ist frischer Wagemut am Platze, der auch vor Fehlgriffen nicht zurückscheut. Still und geräuschlos sind vor einiger Zeit ein paar Dutzend Bilder ausrangiert und noch mit Nutzen verkauft worden, lauter Bilder, die sich als nicht museumswürdig erwiesen hatten, lauter Nieten, die Sauerlandt gezogen hatte, dem die Stadt Halle doch schon einzig durch den Erwerb des Roldeschen Abendmahls zu ewigem Danke verpflichtet bleibt.

Zum neuen Jahre sei schließlich noch ein Wunsch vorgebracht. Der Kunstverein unternimmt es, die Hallenser mit moderner Kunst in wechselnden Ausstellungen bekannt zu machen. Dies verdienstvolle Unternehmen entbehrt noch geeigneter Räume und gastiert jetzt meist in einem wenig geeigneten Raum in der schmucklosen Backsteinkaserne der Kunstgewerbeschule. Hier könnte sich die Museumsverwaltung ein Verdienst erwerben, wenn sie auch der ständig wechselnden Kunstschau in dem großen Saal für moderne Kunst ein Plätzchen gönnen würde. Durch ständiges Neugruppieren würden die Bilder des Museums zu immer neuen Wirkungen kommen, wenn man sie in Vergleich und Beziehung setzen könnte mit den vorübergehend ausgestellten Gemälden. Es würde eine rechte Feuerprobe für die Bilder des Museums werden. Nur was sich im Vergleich bei solchem Beleuchter dauernd zu halten vermag, ist wert, vom städtischen Museum bewahrt zu werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210105038/fragment/page=0002